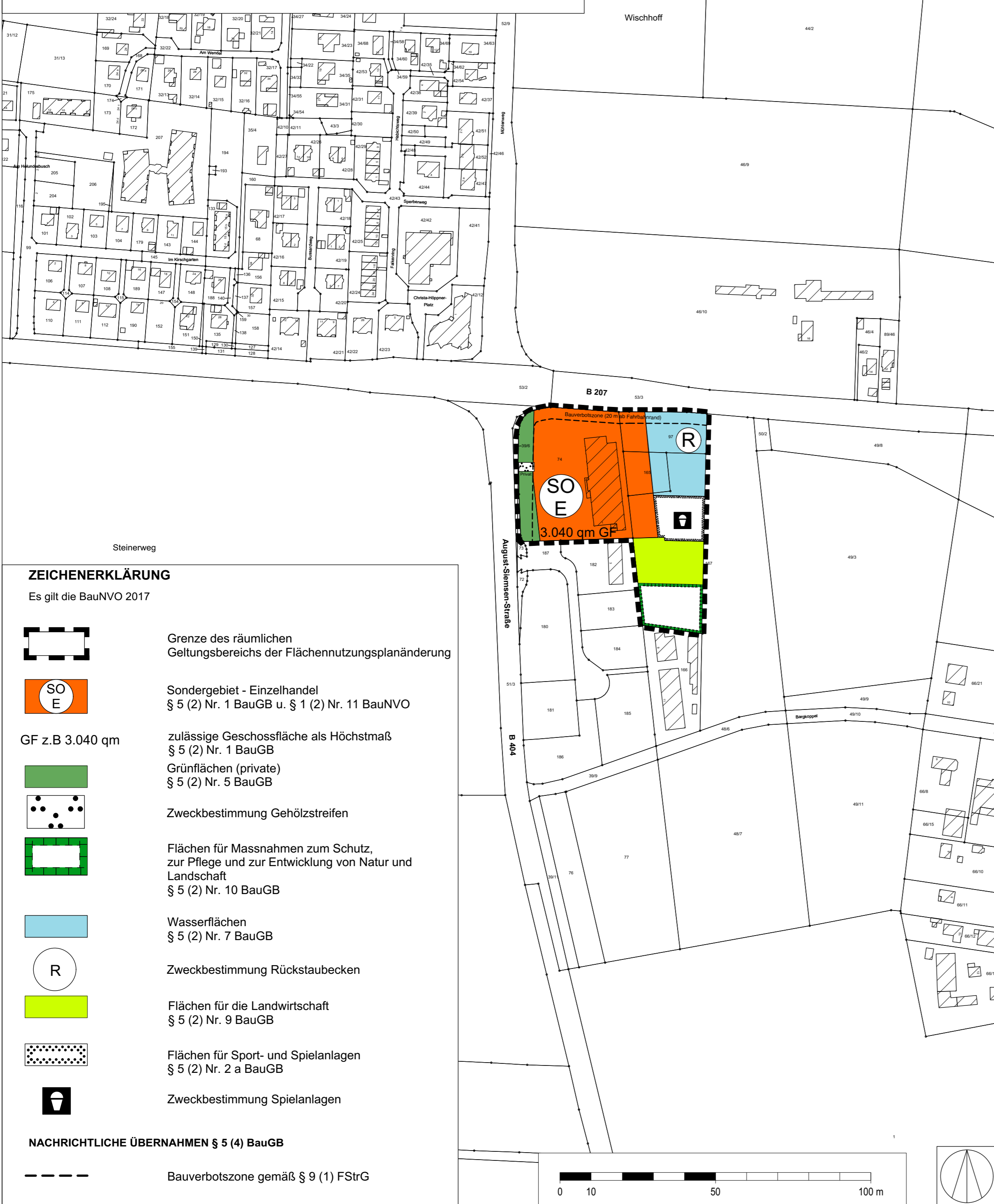


# PLANZEICHNUNG

M: 1:2.500



## ZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die BauNVO 2017

-  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung
-  Sondergebiet - Einzelhandel § 5 (2) Nr. 1 BauGB u. § 1 (2) Nr. 11 BauNVO
- GF z.B 3.040 qm zulässige Geschossfläche als Höchstmaß § 5 (2) Nr. 1 BauGB
-  Grünflächen (private) § 5 (2) Nr. 5 BauGB
-  Zweckbestimmung Gehölzstreifen
-  Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 5 (2) Nr. 10 BauGB
-  Wasserflächen § 5 (2) Nr. 7 BauGB
-  Zweckbestimmung Rückstaubecken
-  Flächen für die Landwirtschaft § 5 (2) Nr. 9 BauGB
-  Flächen für Sport- und Spielanlagen § 5 (2) Nr. 2 a BauGB
-  Zweckbestimmung Spielanlagen

## NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN § 5 (4) BauGB

-  Bauverbotszone gemäß § 9 (1) FStrG

## VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ..... Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom .... bis zum .... erfolgt.
2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am .... durchgeführt.
3. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom ... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
4. Die Gemeindevertretung hat am .... den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
5. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung, der Erläuterungsbericht und der Umweltbericht haben in der Zeit vom .... bis zum .... während der Sprechstunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anregungen von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, in der Zeit vom ..... bis zum .... durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht.
6. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am .... geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
7. Die Gemeindevertretung hat die Änderung des Flächennutzungsplans am ..... beschlossen und die Begründung und den Umweltbericht durch Beschluss gebilligt.

Dassendorf, den .....

Bürgermeister

8. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat mit Bescheid vom .... Az.: ..... (25.Änd.) die Änderung des Flächennutzungsplans mit Nebenbestimmungen und Hinweisen genehmigt.
9. Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen durch Beschluss vom .... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom .... Az.: ..... (25. Änd.) bestätigt.
10. Die Erteilung der Flächennutzungsplanänderung sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über Inhalt Auskunft erteilt, ist vom ... bis zum ... ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung wurde auf die Möglichkeit einer Geltendmachung von Verfahrens- und Formverstößen und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Die Flächennutzungsplanänderung wurde mithin am ... wirksam.

Dassendorf, den ....

Bürgermeister

# FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER GEMEINDE DASSENDORF 25. ÄNDERUNG

GEBIET: "SÜDLICH DER B 207, ÖSTLICH DES VERBRAUCHERMARKTS UND ÖSTLICH DES GEWERBEGEBIETS"

Aufgestellt gemäß §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB)